

20. ÖGB Bundeskongress

2023

Initiativantrag an den 20. ÖGB-Bundeskongress

Antragssteller: Gewerkschaftstag der PRO-GE, dort einstimmig beschlossen

erforderliche Anzahl der Unterschriften von stimmberechtigten Delegierten deutlich überschritten (129)

Beschluss: Ziffer 1 – Annahme des Antrages

TEUERUNG

Wir erleben die höchste Inflation der letzten Jahrzehnte. Schon seit Mai 2021 liegt die Teuerungsrate über dem Zielwert der Europäischen Zentralbank von 2%, der russische Angriff auf die Ukraine hat die Situation dramatisch verschärft.

Seit vielen Monaten hat die österreichische Politik nahezu jede Gelegenheit verpasst, wirkungsvolle Maßnahmen gegen diese Teuerungswelle zu ergreifen: Der Strompreis ist weiter an den Gaspreis gekoppelt, von wirkungsvollen Preiskontrollen (geschweige denn Preisobergrenzen) keine Spur, Grundnahrungsmittel und Güter des täglichen Bedarfs werden nach wie vor voll besteuert, die Mieten steigen weiter und die Profite der Krisengewinner bleiben weitestgehend unangetastet.

Als Konsequenz hat Österreich nun eine der höchsten Inflationsraten innerhalb der Europäischen Union, in den ersten fünf Monaten des heurigen Jahres betrug sie im Schnitt 10%.

Die Wucht dieser Teuerungswelle bedroht zunehmend den Lebensstandard unserer Kolleginnen und Kollegen oder drängt sie gar in die Armut. Während Konzerne satte Gewinne einfahren und von der Politik verwöhnt werden, zahlen Arbeitnehmer:innen, Pensionistinnen bzw. Pensionisten und Konsumentinnen bzw. Konsumenten drauf.

Es muss endlich gehandelt werden!

In dieser Ausnahmesituation müssen alle das tun, was in ihrer Verantwortung steht. Als Gewerkschaft haben wir – gemeinsam mit den Betriebsrätinnen bzw. Betriebsräten und Beschäftigten – Lohnabschlüsse in bemerkenswerter Höhe durchgesetzt. Diese Lohnerhöhungen waren allen unseren Kolleginnen und Kollegen eine bessere und vor allem nachhaltigere Unterstützung als die Einzel- und Einmalmaßnahmen der Bundesregierung.

Wir werden auch weiterhin in jeder Branche um nachhaltige Reallohnzuwächse für unsere Kolleginnen und Kollegen kämpfen und daher keinen Kollektivvertrag unter der den jeweiligen Verhandlungen zugrunde liegenden Inflation abschließen.

Doch auch die beste Lohnpolitik kann allein die drohenden Verwerfungen in unserer Gesellschaft auf Dauer nicht verhindern. Dazu muss auch die öffentliche Hand regulierend in die Preise eingreifen.

Wenn nun weder die Offensichtlichkeit des Problems, noch das Drängen von Wirtschaftsexpertinnen und Wirtschaftsexperten oder die dramatischen Schilderungen der Sozialorganisationen imstande sind, die politisch Verantwortlichen zum Handeln zu bringen – **dann muss der Druck erhöht werden!**

Wir stehen dazu bereit!

Die gewerkschaftliche Mobilisierung hat bereits im vergangenen Jahr mit einer großen betriebsrätlichen Teuerungskonferenz und Demonstrationen in allen Bundesländern unter dem Motto „Preise runter“ begonnen. Wir sind aber noch lange nicht am Ende der gewerkschaftlichen Möglichkeiten.

Wir richten eine Reihe an sinnvollen und notwendigen Forderungen an die hohe Politik:

- Einführung eines Preisdeckels für Strom und Wärme
- Aussetzung der Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel und Güter des täglichen Bedarfs
- Einführung einer Mietpreisbremse für alle Mieten

- Schaffung einer Anti-Teuerungs-Kommission mit wirkungsvollen Kontroll- und Sanktionsbefugnissen im Kampf gegen zu hohe Preise und Preistreiberei
- Reform der Sozialhilfe und höheres Arbeitslosengeld, um Armut zu verhindern
- Ausweitung der Übergewinnsteuer und Besteuerung von Millionenvermögen zur Finanzierung dieser Maßnahmen
- Faktor Arbeit steuerlich entlasten, statt Konzernsteuern zu senken

Deshalb fordern wir im Initiativantrag an den 20. Bundeskongress des ÖGB: Die Zeit läuft – ab jetzt!

Wir erwarten uns, dass noch im Sommer politische Maßnahmen ergriffen werden, die die Inflation spürbar senken.

Geschieht das nicht, werden wir ab Herbst unsere Kolleginnen bzw. Kollegen entsprechend in den Betrieben informieren und gemeinsam mit ihnen – und vielen anderen Betroffenen – Aktivitäten in jedem notwendigen Ausmaß entfalten, um die politisch Verantwortlichen zum Handeln zu bringen.